



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die finanzielle Lage der Universität Jena. II.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die finanzielle Lage der Universität Jena.

II.

Die Universität Jena ist in Noth. An wen soll man sich wenden, damit dieser Noth abgeholfen werde?

Zunächst gewiß an die Staaten, deren Fürsten sich die Erhalter der Universität nennen. Sie haben dieselbe als Erbschaft ihres großen Ahnherrn, des Stifters, überkommen und tragen unstreitig die moralische und politische Verpflichtung, nicht zu Grunde gehen zu lassen, was ihre Vorfahren mehr als drei Jahrhunderte hindurch mit schweren Opfern gehegt und gepflegt haben. Es ist nicht bloß ein Recht, die gemeinsame Universität zu halten, sondern eine Pflicht; und nicht bloß eine Pflicht, die lediglich aus der Stammesverwandtschaft der Regenten hervorgeht, sondern eine Pflicht gegenüber ganz Thüringen, ja gegenüber ganz Deutschland. Wenn eine Stätte wissenschaftlicher Bildung drei Jahrhunderte bestanden und im echten Sinne als Universität für ganz Deutschland und darüber hinaus erfolgreich, zur Ehre des Vaterlandes gewirkt hat, dann darf man wohl davon reden, daß der Nation ein Anspruch auf Erhaltung eines solchen Bildungsherdes zusteht. Die kleinliche Anschauung, als ob es nur Belieben sei, die Universität zu besitzen, als ob man jeden Tag, falls man keine Lust mehr dazu habe, dieselbe preisgeben und sich mit dem Gedanken trösten könne, daß es in Deutschland ja noch genug Universitäten auch ohne Jena gebe, scheint leider hier und da den Kreisen philisterhafter Bureaukratie nicht fremd zu sein. Weiter mit ihr zu rechten, haben wir keine Ursache. Zum Glück denken die Meisten, auf deren Stimme es hauptsächlich ankommt, anders und vor Allem wäre es sicher den durchlauchtigsten Erhaltern selbst ein schwerer, höchst schmerzlicher Entschluß, nicht sich von der Jenaischen Hochschule loszusagen — diese Absicht ist gar nicht zu unterstellen, — aber auch nur mit dem Bewußtsein, daß dadurch die Existenz gefährdet wird, eine Mehrbewilligung abzulehnen. Der eine oder der andere der betheiligten Regenten, in erster Linie der Rector magnificentissimus würde kaum den Gedanken ertragen, daß eines Tages die Hörsäle Jenas könnten geschlossen werden müssen.

Ein Appell an die vier Regierungen ist denn auch nicht unterlassen
Grenzboten III. 1874.

worden. Von berufenster Stelle aus, von der Kuratel der Universität, ist, wie dem Weimarischen Landtage kundgegeben wurde, in einem eingehenden Bericht die finanzielle Lage der Universität geschildert und der Antrag gestellt worden, mit einer umfänglichen neuen Dotation vorzugehen. Bedarf es noch eines Beweises für den Nothstand, so ist er in der Thatfache enthalten, daß derselbe sorgsame Vertreter der Regierungen, der es bisher so meisterlich verstanden hat, mit Wenigem zu wirthschaften, erklären muß, daß mit den vorhandenen Mitteln unmöglich ferner auszukommen ist. Auch darin wird ihm Jedermann beistimmen, daß womöglich mit einem Male und gründlich dem Geldmangel begegnet werden sollte. Denn fast alljährlich, oder doch in jeder Landtagsession um eine kleine Nothzulage betteln müssen, wie dies, freilich mit sehr verschiedenem Erfolg bei den einzelnen Staaten, seither geschehen ist, erscheint von vornherein eine unwürdige Situation, die man der Universität ersparen soll.

Dem Vernehmen nach richtete sich der Antrag des Kurators auf Bewilligung einer halben Million Thaler zur dauernden Fundirung. Von der Art der Veranlagung und Sicherstellung reden, hieße die Löwenhaut im Voraus theilen wollen. Daß wir unsrerseits gegen Erwerb von Landgütern votiren würden, erhellt aus früher Gesagtem.

Zur Begründung des Antrags sind unzweifelhaft alle die zahlreichen Gründe des Verstandes und des Gefühls in Bewegung gesetzt worden, welche so laut für die Sache reden. Mit einer halben Million, die einen Rentenabwurf von 20,000 bis 25,000 Thalern liefert, würde man sich schon getrauen dürfen, ob für ewige Zeiten, steht natürlich dahin, aber doch für eine Reihe von Jahren die Universität ordentlich weiter zu führen.

Die Summe von 500,000 Thalern muß auch nicht für völlig unschwinglich gehalten worden sein. Unpraktische und absolut aussichtslose Anträge der Art pflegt man nicht zu stellen. Welche bestimmte Mittel das Ansehen im Auge hatte, wissen wir nicht. Vielleicht die auf die Einzelstaaten zur Vertheilung gelangten Reste der französischen Kriegsschädigung, die allerdings auch noch bei so vielen andern Plänen immer als lockender Schatz trügerisch vorschwebten. Vielleicht auch sonstige Bestände des in allen theilhaftigen Staaten noch vorhandenen Staatsvermögens. Daß man daran denken darf, wird sich nicht bestreiten lassen. Denn unzweifelhaft wird dasjenige, was die Staaten für die Universität anlegen, zu ihrem eigenen Wohl angelegt und hat in ihrem eigenen Interesse vielleicht eine größere und bessere Wirkung als viele andere Ausgaben, die sie machen zu müssen glauben.

Eine Unmöglichkeit, die Idee des Kurators zu verwirklichen, vermag Niemand zu behaupten. Ebenso wenig aber kann sich Jemand darüber täuschen, daß dazu ein kühner, hochherziger und weitsehender Entschluß gehört,

ein Entschluß nach dem Vorbilde des Entschlusses, welcher in Zeiten der größten Kalamität der Universität die noch jetzt in ihrem Eigenthum befindliche Ausstattung mit Immobilienbesitz zuführte. Heute sind die Herzogthümer bei Weitem nicht in der Lage wie damals. Und wenn sie auch nach ihren Stats die zur Bildung jener halben Million nöthige Summe nicht gerade in effektiven Ueberschüssen parat liegen haben, sollte es dem ernstesten Willen nicht möglich sein, Rath zu schaffen? Sollten sie nicht Rath schaffen, da Alles darauf hinweist, daß sie dies nicht etwa bloß um der Universität, sondern um ihrer selbst willen zu thun haben?

So läßt sich unschwer zu Gunsten einer umfassenden Neubotirung und Neubegründung der Universität argumentiren. Allein die Hoffnung auf Erfolg des Antrags der Kuratel ist rasch zerronnen. Als die Weimarische Regierung die Zulage von 4000 Thalern in ihrem Landtag zur Sprache brachte, im Frühjahr dieses Jahres, theilte sie mit, es seien unter den theilnehmenden Staaten Verhandlungen über die Beschaffung eines auslänglichen Fonds begonnen. Doch leuchtete schon damals hindurch, daß man sich von den Verhandlungen wenig Resultat verspreche. Jetzt gilt es bereits für ausgemacht, daß auf dem Wege der Vereinbarung und Bethheiligung sämmtlicher vier Staaten eine Dotation nicht zu Stande kommt.

Nach zuverlässiger Kunde ist von Meiningen und Gotha gar nichts zu erwarten. Beide sollen bereits erklärt haben, daß sie nicht im Stande seien, Mehrleistungen für die Universität zu übernehmen. Ueberrascht hat diese Erklärung nicht. Die Finanzzustände der beiden Staaten ließen der Aussicht auf eine theilweise Verwendung der Kriegsentschädigung zu Gunsten der Universität nur geringen Raum. Indessen erschien doch nicht von vorn herein jede Möglichkeit abgeschnitten. Man sprach davon, daß Meiningen durch Reorganisation seiner Verwaltung, namentlich der Verwaltung der Forsten, aus denen das Domanalvermögen hauptsächlich besteht, und durch die Gewöhnung an die keineswegs so übermäßige, nur von früher her ungewohnte Besteuerung, in einigen Jahren recht wohl im Stande sein werde, für die Universität erheblich mehr zu thun, als bisher. Man hoffte demnach wenigstens eine bestimmte Zusage zu erhalten. Wie gern glaubt man, was man wünscht, und glaubt der böswilligen Verläumdung nicht, welche schon manchmal gemeint hat, daß die eigentliche Bethätigung des warmen Interesses an der Universität, das so oft im Munde geführt und so oft gerühmt worden ist, außer den conventionellen Beiträgen nur darin bestehe, daß die mit Freischaenen versehenen Landesfinder als Studirende nach Jena, die besser situirten nach anderen Universitäten dirigirt zu werden pflegten.

So viel ist gewiß, jetzt, wo es sich um größere Opfer handelt, thut sich das warme Interesse höchstens in erneuerten Versicherungen desselben kund.

Ja, sind wir recht berichtet, so ist Mancher, der der Regierung nahe steht, geneigt, nicht nur jede Erhöhung der Universitätsrate abzulehnen, sondern sogar die jetzige Rate zurückzuziehen. Wozu braucht Meiningen eine Universität? Andere Kleinstaaten haben auch keine. Wenn man das Geld, das jetzt für die Universität gezahlt wird, nähme und daraus Stipendien für die Landesfinder zum Besuche anderer Universitäten machte, wäre es eigentlich viel nützlicher. Unter allen Umständen sei die Universität ein Luxus, den sich das Herzogthum versagen könne.

Kommen solche Aeußerungen wirklich vor, dann läßt sich freilich leicht entgegnen, daß, wenn einmal von Luxus die Rede sein soll, noch mehreres Andere mit mehrerem Rechte als überflüssiger Luxus bezeichnet werden könnte. Indessen erscheint es nicht der Mühe werth, dergleichen Ansichten weiter zu verfolgen. Niemand wird für die klägliche Stimmung Einzelner, die in ihrem Lokalpatriotismus darauf aus sind, gerade dem Ansehen und der Selbstständigkeit Meiningens die tiefste Wunde zu schlagen, das Herzogthum und seine Regierung verantwortlich machen.

Nehmen wir vielmehr an, daß nach wie vor volle Anhänglichkeit an die alte Universität der Ernestiner besteht, und daß es nur die Erkenntniß einer traurigen Nothwendigkeit ist, welche die Regierung zu bekennen zwingt: mehr geben für Jena als bisher ist unmöglich. Schon jetzt ist im Etat kaum noch Ausgabe und Einnahme zu balanciren. Ueber die französische Kriegsentschädigung hat längst anderweit verfügt werden müssen. Und wenn etwa Aussicht auf Steigerung der Staatseinnahmen vorhanden ist, dann muß zuvörderst an eine Erhöhung der, allerdings der Erhöhung dringend bedürftigen, Gehalte der Staatsdiener gedacht werden; dann kommen die Matrikularbeiträge, mit den Militärausgaben und anderen Posten des Reichsbudgets womöglich noch steigend, und noch allerlei Anderes. An die Universität ist noch lange nicht zu denken.

Wir haben kein Material in Händen, um durch Thatfachen und Ziffern nachzuweisen, daß die Gründe, aus denen trotz des außerordentlich lebhaften Wunsches, das Gedeihen Jenas zu fördern, eine Mehrverwilligung, sei es in Gestalt eines größeren Stiftungskapitals, sei es in Gestalt einer Rente abgelehnt wird, unstichhaltig seien. Wir müssen sie hinnehmen, als das ehrliche und unumwundene Bekenntniß non possumus. Meiningen kann nicht mehr thun für die Universität, es wird vielleicht sogar zu erwägen haben, ob es auch nur den bisherigen Beitrag zu leisten vermag. Hier eröffnet sich ein tiefer Blick in die betrübendsten Zustände. Meiningen kann für den Fortbestand der Universität nicht mehr eintreten. Die Finanznoth fordert, die höchste Bildungsanstalt, so sehr diese dem Herzogthum als Mittheilhaber zum Ruhme gereicht hat, fallen zu lassen. Man muß froh sein,

wenn man nur Geld für die absolut nothwendigen Lebensbedürfnisse hat. Auf die Förderung der höchsten wissenschaftlichen Bildung muß man verzichten, weil die Finanzen einige tausend Thaler mehr jährlich nicht hergeben. Die Förderung der Wissenschaft muß man den größeren Staaten überlassen, die mehr Geld haben.

Wenn es so weit gekommen ist, dann bescheidet man sich, daß für Jena von dort aus nicht viel zu hoffen ist. Sich außer Stande zu erklären, die Stiftung des Ernestinischen Hauses, die Universität Jena, ferner würdig zu erhalten, ist sicherlich kein leichter Entschluß. Muß er gleichwohl gefaßt werden, dieser schwer wiegende Beschluß, so eröffnet sich von da aus in die Zukunft des Staates, der sich solchergestalt unfähig erklärt, die Jahrhunderte lang bestandene Krönung seines Bildungswesens ferner noch zu unterstützen, eine Perspektive, die wir nicht verfolgen mögen. Heute versagt man sich die Erhaltung der Universität. Morgen wird die Reihe noch an andere Dinge kommen. Und was das Ende sein wird, ist klar.

Auch Gotha lehnt, wie man erfährt, jede Erhöhung seines Beitrages oder jede Mehrdotation ab. Auch das überrascht nicht. Niemals hat man sich der Illusion hingegeben, daß Gotha für den Antrag wegen der halben Million eintreten werde. Man kennt die gespannten Finanzverhältnisse des Herzogthums, namentlich des Coburgischen Landestheils. Die Quote der französischen Kriegsschädigung hat ebenfalls schon ihre Verwendung zu dergleichen Bedürfnissen gefunden. Woher also große Kapitalien schöpfen für Jena? Ob nicht der Landtag am Ende eine mäßige Erhöhung der seitherigen Quartalsbeiträge bewilligen würde, mag immer noch eine offene Frage sein. Von einem werktthätigen Interesse der Regierung an der Universität über freundliche Gefinnungen und Velleitaten hinaus hat man niemals viel spüren wollen.

Im Wesentlichen steht es also um die Universität in Gotha gerade so, wie in Meiningen. Die sonstigen nothwendigsten und schon jetzt kaum noch zu deckenden Bedürfnisse des Landes verbieten, Staatsmittel in reicherm Maaße für die Universität flüssig zu machen. Traurig, aber wahr, auch auf Gotha darf demnach bei dem Kalkül der Jenaer Universität zur Zeit nicht weiter gerechnet werden. Die Einsicht dürfen wir so gut bei der Gothaischen wie bei der Meiningen Regierung voraussetzen, daß die Kleinstaaten ihre Lebensfähigkeit auf keinem andern Gebiet besser dokumentiren können, als im Gebiete der Bildungsanstalten. Man sehe also wohl zu, was man thue, wenn man durch Preisgebung der Universität auf dieses wichtige Zeugniß verzichtet. Indessen, ist es einmal nicht anders, so müssen wir uns resigniren und die Folge abwarten.

Anders sieht es in Altenburg aus. Im Gegensatz zu Gotha und Mei-

ningen befindet sich das Herzogthum Dank der Wohlhabenheit des Landes in einer glücklichen Finanzlage. Hier ist daher die Möglichkeit, dem guten Willen auch die That folgen zu lassen. Das hat sich bereits 1872 bewährt, wo von Altenburg aus dem Beispiele Weimars folgend freiwillig der Jahresbeitrag zur Universität um 2500 Thaler erhöht wurde. Die Erhöhung war nicht gewaltig groß, auch nicht einmal im Verhältniß zu den 8000 Thalern, die der Weimarische Landtag bewilligt hatte, indessen immerhin für Jena werthvoll, vor Allem als ein Zeugniß dafür, daß die Regierung und der Landtag in gerechter Würdigung der gegebenen Verhältnisse gern bereit seien, helfend für die Universität einzutreten. Nach diesem Vorgang herrscht die Zuversicht, daß Altenburg sich mit Weimar verständigen und nach Kräften seine Mitleistung steigern werde.

Die Bereitwilligkeit der Weimarischen Regierung und des Landtags, was irgend möglich, für Jena zu thun, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Sie versteht sich nach allen Traditionen von selbst und wird durch das seitherige Verfahren klar bezeugt. Indessen gibt es für die Regierung und noch mehr für den Landtag eine Grenze; und diese Grenze wird um so eher erreicht, je weniger Mitwirkung bei den betheiligten Regierungen zu finden ist. Wären alle vier Regierungen Willens und im Stande, in gleicher Weise der Universitätskasse entgegenzukommen, so möchte die pekuniäre Basis der Universität gesichert erscheinen; vollends wenn sich daran die Hoffnung knüpfen ließe, vielleicht auch die übrigen Thüringer Staaten zu einer Unterstützung zu bewegen. Wenn aber zwei der betheiligten Staaten ihre Mittel für erschöpft erklären, dann schwindet nicht nur die Hoffnung auf diese Staaten, sondern es muß auch die Frage aufgeworfen werden, ob die beiden anderen oder gar Weimar allein im Stande seien, bei den nothwendigen Neubewilligungen auch noch den Ausfall der Meininger und Gothaer Rate zu decken.

Das läßt sich nun mit gutem Grunde bezweifeln. Mag man auf eine noch so reichliche Beihülfe von Seiten Altenburgs zählen, oder geradezu unterstellen, daß beide nach gleichem Verhältniß zusammenschließen wollten, was für die Universität über den zeitherigen Etat hin erforderlich, man würde immer zweifeln müssen, ob dies nicht für zwei Staaten, die zusammen eine Bevölkerung von 429,000 repräsentiren, zu viel wäre. Will man aber gar annehmen, daß vorzugsweise das Großherzogthum die Mehrbedürfnisse aufbringen sollte, so muß es nothwendig bald heißen: bis hierher und nicht weiter. Die Finanzen des Großherzogthums sind geordnet, von einem Defizit ist noch nicht die Rede gewesen. Allein die Anforderungen an den Etat sind, wie der diesjährige Landtag lehrte, in rapidem Wachsen begriffen. Nach den verschiedenen Richtungen stehen Mehrausgaben noch bevor. Von den früher

Chronisch gewordenen erheblichen Ueberschüssen wird demnächst nicht viel mehr zu verspüren sein. Die Steuerlast andererseits ist bereits so groß, daß eine Steuererhöhung dringend und so lange als möglich widerrathen werden muß.

Erwägen wir nun, was Weimar schon jetzt für die Universität thut, dann darf man sich das Bedenken nicht verhehlen, ob es möglich sein wird, künftig noch erheblich mehr zu thun. Die größte Geneigtheit der Regierung und des Landtags, den Anforderungen der Universität ein offenes Ohr zu leihen, kann sich doch nicht der pflichtmäßigen Erwägung entziehen, ob der Aufwand für die Universität in richtigem Verhältniß zu dem gesammten Staatshaushalt steht. Wir haben oben gezeigt, was das Großherzogthum für Universitätszwecke aufbringt. Es kann sich darin relativ nicht nur mit jedem deutschen Staate messen, sondern wird sicher von keinem übertroffen. Allein wenn sich Weimar dessen rühmen darf, so gebietet zugleich die Rücksicht auf das Land Maaß und Ziel zu halten. Und sobald wir das Land und seine Steuerkraft in Ansatz bringen, wird es mehr als problematisch, daß ein Land von kaum 300,000 die großen Mehrbedürfnisse allein oder zum bei Weitem größten Theil auf seine Schultern laden, ja schließlich die Universität fast allein erhalten soll. Das ist eben bei ruhiger Ueberlegung eine platte Unmöglichkeit und die edelsten Emotionen helfen nicht darüber hinaus. Der Finanzminister und der Landtag haben pflichtmäßig zu prüfen und einer Ueberlastung vorzubeugen. Wir fürchten mit gutem Grund, daß man bald vor diese Klippe floßen wird; zumal, wie bereits bemerkt, dann, wenn man sich von den anderen Staaten mehr oder minder im Stiche gelassen sieht. Weimar allein kann die Universität nicht erhalten. Diesen Satz, der offen ausgesprochen werden muß, wird ein Jeder unterschreiben, der weiß, was eine Universität verlangt.

Ebensowenig, wie laufende Mehrbeträge von 25,000, 20,000, oder auch nur 15,000 oder 10,000 Thaler im Jahresetat wird man Weimar ansinnen dürfen, eine Kapitaldotations von 500,000 Thalern auf einem Brette zu beschaffen. Wir zweifeln nicht, daß Weimar, falls sich alle Regierungen bereitwillig fänden, seine Rate zu einer derartigen Dotation beschaffen würde. Sie allein zu gewähren, dazu fehlen denn doch, nachdem über den Haupttheil der Kriegsschädigung behufs Einziehung des Papiergeldes disponirt worden ist, die bereiten Bestände; und selbst wenn noch Bestände vorhanden sind, so müssen sie Angesichts der Budgetverhältnisse, welche namentlich durch unglückliche Eisenbahngarantien beeinflusst sind, sorgsam zu Rathe gehalten werden.

Jede Liberalität, die darauf hin gegen die Hochschule in größerem Stile geübt werden sollte, hat daher schwere Bedenken, ja ist kaum zu verantworten, sobald man, wie billig geschehen muß, die keineswegs ungünstigen, aber doch

der Natur der Sache nach beschränkten Finanzzustände des Großherzogthums berücksichtigt.

So muß denn der, welcher für Jena Hülfe sucht, weiter hinaus greifen. Da, wo sie nach regelrechter Ordnung zunächst zu suchen ist, findet er sie nicht.

Des Gedankens, sämtliche Thüringer Staaten zum Beitritt in die Erhaltschaft der Universität aufzufordern, ist bereits flüchtig Erwähnung geschehen. Er ist mitunter aufgetaucht; allein mehr als flüchtige Erwähnung verdient er kaum. Denn es bedarf keiner langen Beweisführung, daß auf diesem Wege entweder kein Erfolg, oder nur ein höchst unzulänglicher zu erzielen wäre. Am wenigsten läßt sich auf eine Neigung in Anhalt rechnen. Anhalt gehört zwar zur Justizgemeinschaft Thüringens. Aber selbst deren Fortbestand kann in nächster Zeit, bei der bevorstehenden reichsgesetzlichen Reform der Gerichtsverfassung leicht fraglich werden. Anhalt gehört schon seiner geographischen Lage nach nicht eigentlich zu den Thüringer Staaten. Außer Anhalt würden nur noch die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß zu einer Betheiligung an der Universität eingeladen werden können. Wir zweifeln, daß die Einladung zum Eintritt in die Erhaltung der Universität angenommen werden würde, zweifeln noch mehr, daß günstigsten Falles die Annahme reellen Ertrag genug liefern würde, um im Vereine mit den Mitteln Altenburgs und Weimars der Universität die erforderliche Mehreinnahme, deren sie bedarf, zu Theil werden zu lassen.

Man muß also andere Wege einschlagen. Ein einfacher Bürger, betroffen von der Darstellung der Universitätsverhältnisse, welche der Abgeordnete von Jena in dem Weimariischen Landtage gegeben hatte, machte jüngst in der Presse den Vorschlag, der Universität durch eine allgemeine Subscription beizuspringen. Sein Ruf richtet sich an alle Thüringer. Diese werden aufgefordert, ihr bestes Kleinod sich zu erhalten. In Jena solle sich ein Lokalkomitee bilden, das die Ansammlung eines Fonds aus freiwilligen Beiträgen aller Angehörigen Thüringens zu betreiben hätte.

Dieser in mehrere Lokalblätter übergegangene Vorschlag ist ein beredtes Zeugniß, daß die Angelegenheit der Universität wirklich dem Thüringer Patrioten zu Herzen dringt und daß man sehr richtig fühlt, was Siechthum oder Ende der Universität für ganz Thüringen bedeuten würde. Wir erblicken daher in dieser unwillkürlichen Aeußerung mehr, als den Ausdruck einer bloß individuellen Stimmung. Auch sehen wir mehr darin, als einen wohlgemeinten, aber unausführbaren Impuls. Mit den Modalitäten der Ausföhrung, so wie sie zunächst angerathen worden sind, kann man schwerlich einverstanden sein. Allein den ganzen Gedanken für verwerflich oder völlig unpraktisch zu halten, ist keine Ursache vorhanden. Auch der Regierung ist er nicht unwillkommen. Das schließen wir aus einer Mittheilung des anerkannten

maßen stets regierungsfreundlich gesinnten Weimarischen Korrespondenten der Nationalzeitung, welcher sich dahin ausspricht, es sei gar nicht übel, wenn auf solche Weise, wenigstens zur Gründung von Stipendien oder Stiftungen zu Gunsten gewisser Universitätsanstalten ansehnlichere Fonds herbeigeführt werden könnten. Die Möglichkeit einer Volkssubscription, worauf es uns zunächst ankommt, wird also doch vorausgesetzt.

Im Uebrigen würden wir die verschämte Beschränkung auf Stipendien- und Stiftungszwecke spezieller Art entschieden ablehnen. Was Jena braucht, sind nicht Stipendien. Es gilt nicht durch solche Vergünstigungen Studierende anzulocken und so die Frequenz zu steigern. So angenehm es erscheinen mag, die Studentenzahl wachsen zu sehen, zuerst gilt es die Universität mit ihrem Lehrpersonal und ihren Anstalten zu fundiren. Auch nicht einzelne Anstalten soll man ausstatten wollen, auf die Gefahr hin, demnächst die einen reichlich mit Mitteln zu versehen, die anderen ihrer Vermöglichkeit zu überlassen. Wenn etwas Vernünftiges geschehen soll, so gilt es rundweg, durch den Abwurf eines größeren Grundkapitals die allgemeine Universitätskasse zu verstärken und der Universitätsverwaltung im Vertrauen auf deren Einsicht anheimzustellen, den Abwurf des Fonds für die Gesamtzwecke der Universität nützlichst zu verwenden.

Nur das könnte vernünftigerweise der Plan sein. Warum man dem ein Mäntelchen umhängen sollte, ist nicht abzusehen. Der Universität droht Mangel an dem Unentbehrlichsten. Wenn der eine Theil der durchlauchtigsten Erhalter sich außer Stande erklärt, dem Mangel begegnen zu helfen, und dadurch die anderen in die Lage versetzt, seinerseits den Bedürfnissen nicht mehr genügen zu können, warum soll man sich dann scheuen, offen auszusprechen, worum es sich handelt? Die Regierungen, aus welchen Gründen, ist einerlei, vermögen die erforderlichen Mehraufwendungen nicht zu schaffen, warum soll man nicht an das Volk appelliren, und sehen, ob dieses nicht vor den Riß treten will? Um die Dotation, welche sie bei den Erhaltern nicht findet, wendet man sich an die Nation und legt ihr die Frage vor, ob sie als Mit-erhalterin der Universität eintreten will.

So aufgefakt, erscheint der Gedanke weit entfernt von dem Vorwurfe des Lächerlichen oder Unwürdigen. In allem Ernste kann man den Versuch unternehmen, in ganz Deutschland, vielleicht sogar darüber hinaus, Böglinge und Gönner der Universität zur Hülfe aufzurufen.

Als Voraussetzung eines solchen Versuchs muß man sich die Frage vorlegen, ob die Erhaltung der Universität Jena so sehr im allgemeinen Interesse Deutschlands und seiner Wissenschaft gelegen ist, daß darum der Ruf an die Nation gerechtfertigt erscheint. Darüber aber viele Worte zu verlieren, ist überflüssig. Mit Recht hat sich jüngst der Preussische Kultus-

minister zu Gunsten der kleineren Universitäten ausgesprochen. Wer es mit der deutschen Wissenschaft wohl meint, kann unmöglich Centralisation an einzelnen Stellen, zumal in größeren Städten und ebensowenig Centralisation der Leitung aller Universitäten in einer Hand wünschen. Unter den kleineren Universitäten aber trägt Jena, wie wir oben bereits andeuteten, in sich die günstigsten Bedingungen. Jena darf stolz sein auf das, was es gerade in seiner Eigenartigkeit geleistet hat und noch leistet. Ohne alle Selbstüberhebung kann es, wenn zu entscheiden ist, ob es der Erhaltung durch die Nation werth sei, dem allgemeinen Urtheile entgegen sehen und glauben, daß es nicht schlecht gethan sei, wenn diese den Entschluß faßte, sich eine durch ihre absonderliche Stellung mehr als irgend eine andere Universität zu Selbständigkeit und freiester wissenschaftlicher Regung berufene Bildungsstätte zu sichern.

Und die Ausführbarkeit? Auch daran ließe sich, wenn der Plan Anklang fände, nicht zweifeln. Ist es unmöglich, eine Summe von etlichen hunderttausend Thalern zusammenzubringen? Wie viele allein haben in Jena gelernt und geschwärmt und hängen an dem alten Jena mit treuer Liebe. Sollte da nicht an tausend Stellen mit Erfolg anzupochen sein, wenn nur recht bekannt wird, daß es gilt, die Existenz Jenas vor naher Gefährdung zu bewahren. Wir sind überzeugt, viele haben keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen und die Opferwilligkeit ist schon zu ganz anderen Zwecken nicht vergeblich in Anspruch genommen worden, als zu der würdigsten Aufgabe, aus der Nation heraus eine von ihr werth gehaltene Universität auf eine feste Grundlage zu stellen. Wir hören oft von Stiftungen aller Art, manchmal zu wunderlichen Zwecken. Sollen wir zweifeln, daß gar Mancher vorhanden ist, dem Nichts einleuchtender wird, als daß es keine der schlechtesten Stiftungen wäre, die zu Gunsten deutscher Wissenschaft und Geistesfreiheit einem Mittelpunkte der Bildung, wie Jena, gemacht wird?

Man mag die Sache betrachten, wie man will, die Möglichkeit läßt sich nicht in Abrede stellen, daß durch eine nationale Subscription ein stattlicher Fonds gebildet werden könnte. Es wird darauf ankommen, ob sich in der Presse und in weiteren Kreisen die Idee Zuneigung zu erwerben vermag. Von der Art der Ausführung zu reden, wäre verfrüht. Soviel ergibt sich von selbst, von einem Jenaischen Lokalkomitee der Bürgerschaft, geschweige denn der Universität, kann der Anstoß nicht ausgehen. Der Anstoß müßte von außen kommen. Kommt er und zeigt sich, daß er nicht vergebens sein wird, dann würde es unschwer sein, der Sache die nöthige Gestalt zu verleihen.

Den Freunden der Jenaischen Universität mag der Gedanke empfohlen sein. Denn gerade dieser Weg der Hülfeleistung von der Nation aus würde, worauf Werth zu legen, indem er nur die materielle Existenz sichern hilft, an dem Charakter der Universität wenig oder nichts ändern, und, was er

darán änderte, könnte nur zum Vortheil gereichen. In dem Bewußtsein, daß sie mit von einer Stiftung der Nation lebt, müßte die Universität doppelten Antrieb finden, ihre Schuldigkeit zu thun zur Ehre und zum Nutzen des gesammten Vaterlandes.

Sonst bleibt nur übrig, die Hülfe anderer Regierungen anzurufen. Man hat dabei, wie aus dem oben Gesagten erhellt, leicht eine gewisse Scheu schon um der Eigenart der Universität willen. Würde nicht der Miteintritt eines andern Staates in die Erhaltenschaft und vollends etwa gar die totale Abgabe der Universität an eine andere Stelle ihren Charakter zerstören? Die Gefahr läßt sich schwerlich verkennen. Gleichwohl muß man, wenn es den Fortbestand gilt, auch dieser Eventualität ins Auge blicken. Die Furcht vor dem Verluste berechtigter, zum Theil auch wohl, wie vorurtheilsfreie Betrachtung zuzugestehen hat, unberechtigter Eigenthümlichkeiten kann davon nicht abhalten. Zulezt ist lieber Einiges von der Eigenart abzulassen, als in der Eigenart zu verkümmern und zu Grunde zu gehen.

Es liegt nicht allzufern, die Mithülfe Preußen anzurufen. Da Jena das wissenschaftliche Centrum bildet und, wenn auch bei weitem nicht bloß, doch zugleich und zunächst als Thüringische Hochschule betrachtet werden darf, drängt sich leicht die Erwägung auf, daß Preußen mit mehreren, nicht unbedeutlichen Gebietstheilen an der Thüringer Landschaft theilhaftig ist. Preußen um Mitbetheiligung bei der Erhaltung der Universität anzugehen, erscheint daher keineswegs unnatürlich.

Die Preussischen Finanzen gestatten ein solches Opfer sehr gut. Selbstverständlich würde Preußen dafür entsprechende Theilnahme an der Verwaltung der Universität begehren. Das ist nun der Punkt, der Manchem Furcht erregt. Man sieht im Geiste sofort den Einfluß Preußens überwiegen, aus Jena, wenn man nur den kleinen Finger an Preußen reicht, von Kopf bis zu Fuß eine Preussische Universität werden und in vergangenen Zeiten hat es das Preussische Kultusministerium dahin gebracht, daß davor namentlich in Universitätskreisen ziemlich große Scheu herrscht.

Wir unsrerseits vermögen diese Scheu keineswegs in diesem Maaße zu theilen. In der Preussischen Regierung ist jetzt eine andere Strömung, als zu Zeiten eines Mühlerr und sie wird nach unserer Ueberzeugung, weil sie durch die Stellung Preußens im Reiche diktiert wird, Bestand haben. Das Gespenst bureaukratischer Herrschgellüste schreckt uns nicht. Haben die Thüringer Staaten, welche mit Preußen in eine Universitätskommunion treten würden, Kraft und Fähigkeit in sich, so brauchen sie keineswegs sofort vor jenem die Segel zu streichen. Zu einem prinzipiellen und absoluten Widerwillen gegen eine solche Kommunion ist kein Grund vorhanden. Die Besorgniß, von Preußen allsogleich ganz und gar ins Schlepptau genommen zu werden, erscheint oft nur

als das Bekenntniß der eigenen Schwäche. Daß das nicht zu sein braucht, ließe sich mit vielen Zeugnissen belegen.

Den Thüringer Staaten ist daher, wenn sie für sich allein nicht mehr aufzubringen im Stande sind, was die Universität fordert, nur zuzureden, sich auch mit diesem Gedanken näher zu beschäftigen. Mag man sich noch so schwer dazu entschließen, Noth kennt kein Gebot. Man wird doch nicht die Universität eher sterben lassen wollen, als dieses Mittel versuchen. Ob die Preussische Regierung darauf eingehen werde, darüber können wir keine Muthmaßungen anstellen. Man wird dort wie hier wohl schwerlich den angedeuteten Plan schon in Erwägung gezogen haben. Für uns handelt es sich um die Berechnung der rein objektiven Möglichkeiten. Als an sich möglich aber müssen wir eine Mitbetheiligung Preußens bezeichnen.

Als Helfer in der äußersten Noth gilt endlich das Reich. Sich an das Reich zu wenden, damit dieses der Universität eine gesicherte Stellung verleihe, liegt so nahe, daß davon schon oft unter denen gesprochen worden ist, welche sich um die Zukunft Jena's Sorge machen. Mancher zieht die Hülfe des Reiches der Hülfe Preußens vor. Mancher möchte die Hülfe des Reiches sogar unter allen Umständen gern anrufen und am liebsten sehen, daß die Universität ganz und gar an das Reich übergehe.

Als Präcedenz dient die Gründung der Straßburger Universität. Wird diese nicht als Elsaß-Lothringische, aus den Mitteln der Reichslande zu erhaltende Landesuniversität, sondern in wahren Sinne als Reichsuniversität behandelt, die auf Kosten des Reichs lebt, warum sollte dann nicht eine zweite Universität vom Reiche übernommen werden? Und zumal Jena, das nach seinen eigenthümlichen Verhältnissen, als Gesamtuniversität mehrerer Staaten dazu am meisten prädestinirt erscheint. Soviel ist gewiß, dem Reiche würde die Summe, die für Jena von ihm verausgabt werden müßte, um dasselbe würdig auszustatten, nicht zur Beschwerde reichen. Ein gewaltiger Gegenstand für die Reichsfinanzen wäre es nicht und zu einer Besorgniß, hier einen Vorgang zu schaffen, der die allmähliche Erwerbung anderer, schließlich sogar aller deutschen Universitäten von Seiten des Reiches in seinem Gefolge haben könnte, kein Grund. Die Lage Jena's ist eben eine andere, als die aller übrigen Hochschulen.

Auch für die Reichsregierung dürfte in letzter Linie nur die Erwägung bestimmend sein, ob sie anerkennt, daß die Erhaltung Jena's für ganz Deutschland das werth sei, was sie aus den Reichsmitteln zu diesem Zwecke aufzuwenden hätte. Ueberzeugt sie sich davon, daß Jena ein Glied in der Reihe deutscher Hochschulen bildet, dessen Entbehrung der Pflege der Wissenschaft Schaden bringen würde und gewahrt sie zugleich die Unfähigkeit der betheiligten Staaten, die dem allgemeinen Besten gewidmete Anstalt zu unter-

halten, so ist sie sicher berechtigt, ja sogar verpflichtet, ihre mächtige Hülfe nicht zu versagen. Von diesem Standpunkte aus können wir daher einen Anruf des Reiches, wenn er in der rechten Weise versucht würde, keineswegs als völlig hoffnungslos betrachten. Dem Reiche würde es durchaus nicht schlecht anstehen, durch eine zweite Reichsuniversität mitten im Herzen Deutschlands seine Sorge für die Hochhaltung der deutschen Wissenschaft und für die geistigen Interessen praktisch zu beweisen.

Freilich müßte man sich darauf gefaßt machen, die Universität in die ausschließliche Verwaltung des Reichs fallen zu sehen. Das Reich kann sich darauf nicht einlassen, nur eine Räte an derselben zu erwerben. Die Gründe, um derentwillen dies bei Preußen denkbar erscheint, bestehen für das Reich nicht. Das Reich kann nicht in ein Kommissionsverhältniß mit vier Thüringer Einzelstaaten eintreten. Andererseits braucht nicht ausgeschlossen zu sein, daß innerhalb der Reichsverwaltung diejenigen Einzelstaaten, welche sich durch Fortentrichtung ihrer Beiträge die Erhaltschaft bewahren wollen, entsprechend berücksichtigt würden.

Ueber die Schwierigkeiten, auf welche die Ausführung auch des Gedankens, Jena zu einer zweiten Reichsuniversität zu gestalten, stoßen kann, wird sich Niemand täuschen. Aber sie sind wieder keinesfalls groß genug, um den ganzen Plan als unausführbar erscheinen zu lassen. Man braucht darum keineswegs der Meinung zu huldigen, daß überhaupt das ganze deutsche Universitätswesen dem Reiche zu eigen werden soll. Eine derartige Centralisation, und würde sie auch in noch so scheinliche Formen gekleidet, widerspricht dem Wesen der deutschen Universitäten und schadet möglicherweise dem für die Wissenschaft förderlichen Eifer, den die jetzige Konkurrenz der in verschiedenen Händen befindlichen Universitäten mit sich bringt. Allein diese Gefahr entsteht nicht im entferntesten, wenn sich das Reich einer einzelnen Hochschule annimmt. Auf der anderen Seite ist es begreiflich, daß sich, wer die Jenaische Hochschule Noth leiden sieht und für Deutschland erhalten möchte, auf das Reich, den Hort in aller Noth, der, wenn nicht Alles trügt, noch in gar manchen anderen Nöthen seinen starken Arm den Kleinstaaten wird leihen müssen, seine letzte Hoffnung setzt. Umsomehr als sich mit Recht ein Jeder sagt, daß unter der Hegide des Reichs am allerersten der selbständige Geist und die gute Eigenthümlichkeit, deren Jena sich bisher hat rühmen dürfen, bewahrt bleiben kann.

Für die Thüringer Staaten freilich, denen die Universität Jena gehört, würde immer selbst die Abgabe an das Reich ein schwerer Schritt sein. Auf solche Weise vor aller Welt ihre Unfähigkeit zur Erhaltung der obersten Schule ihrer Länder zu bekennen, ist ein schwerer Schritt. Am schwersten würde er Weimar ankommen, das sich von jeher redlich bemüht hat, an seinem

Theile für die Universität Alles zu thun, was in seinen Kräften steht. Allein das darf man wohl annehmen, daß die Weimarische und auch die Altenburgerische Regierung, wenn sie sich bewußt sind, ihrerseits ihre vollen Pflichten erfüllt zu haben, schließlich die Erhaltung der Universität über Alles stellen und selbst davor, Jena dem Reiche zu überantworten, nicht zurückschrecken. Sie leisten dann der Pflege der Wissenschaft immer noch einen besseren Dienst, als wenn sie mit ansehen wollten, daß die Universität noch eine Weile hinsiecht. Und das Bekenntniß der Unfähigkeit, ferner für die Universität mit zu sorgen, von Seiten der anderen Regierungen wird gewiß nicht dadurch bemäntelt oder vermieden, daß man den Anruf der Reichshülfe unterdrückt und lieber die Universität an Geldmangel absterben läßt.

In Gotha und Meiningen kann nach der dortigen Stimmung kaum ein Widerwillen gegen Uebertragung an das Reich vorhanden sein. Hier bietet sich Gelegenheit, vielleicht selbst die vertragsmäßig bestehenden Beiträge los zu werden. Daß man denken könnte, lieber mag die Universität Jena ganz zu Grunde gehen, ehe sie abgegeben wird, das zu unterstellen, wäre Frevel.

Unangenehme Empfindungen werden es vermuthlich nicht sein, welche bei Betrachtung dieser letzten Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz der Universität sich aufdrängen. Aber warum muß man sich mit der Auffuchung aller dieser Eventualitäten und schließlich mit dem Gedanken der Reichsuniversität beschäftigen?

Was aus der einen oder der andern Eventualität, wenn sie eintritt, weiter folgt, ja schon aus der Nothwendigkeit der Aufstellung dieser Eventualitäten folgt, haben wir nicht zu verantworten. Es ist im Weimarischen Landtage ausgesprochen worden und ist buchstäblich wahr: einen schlimmeren Schlag können sich die Staaten, welche Jena im Stiche lassen, nicht versehen. Worin können die Einzelstaaten, nachdem so viele andere Aufgaben auf das Reich übertragen worden sind, ihre Berechtigung besser darthun und sich der Nation noch werth machen, als durch die aufopfernde Pflege der Bildungsanstalten? Die Regierung des Königreichs Sachsen liefert ein Beispiel der Einsicht in diese Wahrheit an Leipzig, dem man nach Kräften nachzusehen sollte. Statt dessen will man in den Thüringer Staaten Jena bei Seite werfen? Die Welt wird nur ein einziges Urtheil über die Staaten haben, die sich selber für unfähig erklären, ihre Universität zeitgemäß zu dotiren, und die Ersparniß der paar tausend Thaler, welche ihrer Finanzverwaltung zu Gute kommt, wird bei weitem nicht aufwiegen, was nach anderer Richtung, die für das Ansehen und den Bestand der Staaten ungleich wichtiger erscheint, durch eine solche Unfähigkeitserklärung eingebüßt wird. Das möge man noch einmal wohl überlegen; auch in den Landtagen der Thüringer Herzogthümer.

Wer als Pessimist, als Unitarier oder wenigstens als Gegner der Son-
derexistenz seines eigenen Partikularstaates das Ende der partikularen Selbst-
ständigkeit befördern will, hat dazu in der Preisgebung der gemeinsamen
Universität, mag sie sich auf den Grund stützen, daß der Staat nicht mehr
im Stande sei, die Mittel aufzubringen, oder auf den Grund, daß er die
betreffenden Summen von etlichen tausend Thalern zu andern nothwendigeren
Ausgaben brauche, eine treffliche Waffe. Wer ehrlich die Erhaltung der
Selbstständigkeit jener Staaten wünscht, der mache sich klar, daß seinem Wunsche
der Erfolg nur dann entsprechen wird, wenn der Staat im Stande ist, seine
Zwecke zu erfüllen, wenn er durch die Verhältnisse sich nicht zwingen läßt,
um einiger Mehropfer willen das theure Vermächtniß einer vorzüglichen Bil-
dungsanstalt aufzuopfern. Selbst wenn es nicht ohne Mühe geschieht, sollte
man daher auch in Meiningen und Gotha Alles daran setzen, lieber die
Mittel zu schaffen, als das schlimme Bekenntniß abzulegen, der erforderliche
Beitrag zur Sicherung der Universität Jena werde den gesammten Staats-
etat ruiniren.

Ob es helfen wird, sich noch einmal an die Ermägung zum eigenen
Besten zu wenden? Allzugroß ist die Hoffnung nicht. Sehe man zu, was
zu thun sei. Lange kann Jena nicht in der Schwebe gelassen werden. Die
Entscheidung über seine Zukunft wird bald fallen müssen.

Die Nordpolfahrt der Germania unter Kapitän Koldewen 1869 — 70. *)

3) Frühjahr und Sommer 1870 bis zur Südfahrt der Germania Arktische Fauna.

Im arktischen Norden ist die Zunahme der Tageslänge vom Wieder-
erscheinen der Sonne an außerordentlich viel größer, als die Lichtzunahme vom
Frühjahr bis Mitsommer auf niedrigeren Breiten. Mit welcher Rapidität
dort die Tage länger werden, erhellt am besten aus der einen Thatsache, daß
unseren Germaniamännern, denen die Sonne, wie wir sahen, am 3. Februar
1870 zum ersten Mal auf Minuten wiedererschien, schon Ende Februar bereits
um 3 Morgens die Dämmerung begann, um 4 Uhr schon das nächtliche
Dunkel verschwand. Nun hatten sie gewonnen Spiel: volle Arbeitstage ohne

*) Die zweite deutsche Nordpolfahrt. I. Band. Zweite Abtheilung. J. A. Brodhäus 1874.